

Richtungswechsel ohne Richtung

Der Versuch der Neuorientierung von SPD und Grünen ist eine Herausforderung für die LINKE

Von Horst Kahrs

Nach dem Machtverlust im Herbst 2005 versuchen die Agenda-Parteien SPD und Grüne eine Neuorientierung. Vor allem die Sozialdemokraten, die unter der Juniorrolle in der Großen Koalition leiden, mit personellen Verwerfungen zu kämpfen haben und von der LINKEN getrieben werden, suchen eine erfolgversprechende Strategie für die Bundestagswahl 2009. Auch die Grünen besinnen sich in manchen Fragen ihrer Wurzeln. HORST KAHRS, der in der Bundesgeschäftsstelle der LINKEN den Bereich Strategie/Politik leitet, analysiert diese Entwicklung - und die Herausforderungen, die sich daraus für die Linkspartei ergeben.

Die rotgrünen Täter gehen auf Distanz zu ihrer gemeinsamen Regierungszeit. Die medialen Botschaften nach den jüngsten Parteitag von SPD und Grünen versprechen dem Wahlvolk ein Ende der »Zumutungen« und eine Korrektur der ärgsten Agenda-2010-Übertreibungen. Überwiegend ist von einem »Linksruck« bei SPD und Grünen die Rede. Ob das so ist, wird sich erst nach den kommenden Landtagswahlen erweisen. Zunächst zielten die Parteitage auf die Versöhnung des übergroßen Teils der Mitgliedschaft mit der Parteiführung, um wieder Wahlkampffähigkeit zu erlangen.

Die zentrale Nachricht des SPD-Parteitages lautet: Die Partei wehrt sich gegen ihre weitere Erosion. Kurt Beck hat seine Pflichten als Parteivorsitzender erkannt: die Partei stabilisieren, neue Mitglieder gewinnen, neue Wähler mobilisieren, alte Wähler zurückholen. Die Überarbeitung des Bremer Programmentwurfs, die Auseinandersetzung mit Müntefering um die Bezugsdauer des ALG I für ältere Arbeitslose: Bereits im Vorfeld des Parteitages stellte Beck klar, dass er die SPD aus den Zwängen der personalisierenden »Basta«-Politik Schröders befreien will. Sachdebatten können ausgefochten werden, ohne dass Entscheidungen mit Rücktrittsdrohungen erzwungen werden. Kritik an der Agenda 2010 hat in der Partei einen Platz. Die Einmischung der Mitglieder kann Beschlusslagen verändern, die Delegierten trauen sich wieder, auch mal gegen die Führung zu stimmen: Bahnprivatisierung, Tempolimit, Kindergeld. Die Botschaften sind eindeutig: Es kann sich wieder lohnen, in der SPD zu kämpfen. Wer sozialdemokratischen Traditionen treu bleiben will, muss nicht mehr »springen«, ist in der SPD kein »Ewiggestriger« mehr.

Der Parteitag soll elementare interne Voraussetzungen für die anstehenden Landtagswahlkämpfe schaffen: die Haltung und Stimmung positiv wenden, mit der die SPD-Mitglieder über ihre Partei und deren Weg in der Familie, mit Freunden und Bekannten, am Arbeitsplatz und im Verein reden, mit der sie am Info-Stand stehen und Debatten führen. Und es ist möglich, auf Distanz zur rot-grünen Regierungspolitik zu gehen und für die Gegenwart auf die bremsende Rolle von Angela Merkels Union zu verweisen. Wahlen werden nicht primär durch Wahlkampf entschieden, sondern dadurch, dass man sich in Betrieben, Kneipen, in der Familie unterhält und politisiert. Eine Partei, deren Mitglieder hier lieber schweigen, hat bereits verloren.

In diesem Sinn hat die SPD mit Kurt Beck erstmals wieder einen guten Parteiführer. Ihre Erwartungen, ihr Bedürfnis nach Versöhnung mit der eigenen Geschichte und nach Zusammenführung in einer Post-Agenda-Politik hat sie ihm in Gestalt eines außerordentlich guten Wahlergebnisses mit auf den Weg gegeben. Beck ist der Moderator dieses Versuchs, aus einer Gefolgschaftspartei wieder eine lebendige Mitgliederpartei zu machen. Er ist nicht der Motor.

Ob er die begonnene Dynamik beherrscht, muss sich erst noch erweisen. Denn wenn sich die SPD nicht mehr als parteipolitische Triebkraft der Agenda-2010-Politik begreift, dann muss es nicht bei den bisher beschlossenen Korrektur-Ankündigungen bleiben. Die Mitgliedschaft könnte mehr wollen als eine kosmetische Versöhnung mit sozialdemokratischen Traditionen. Erste Antworten werden, wie im übrigen auch auf die Frage nach der Haltbarkeit der Regierungskoalition, im kommenden Frühjahr, nach den Wahlen in Niedersachsen, Hessen und Hamburg zu haben sein. Bislang gilt: Wer aufhört, schnurstracks in neoliberaler Richtung zu marschieren, hat noch keinen Linksruck begangen. Er hört nur auf, sich weiter von der eigenen Geschichte zu entfernen.

Die Grünen haben mit ihren beiden Parteitagen in Göttingen und Nürnberg einen ähnlichen Prozess der inneren Konsolidierung durch Wiederbelebung der Mitgliederpartei und Befreiung von den Zwängen einer Regierungspartei vollzogen. Auch hier stellen weder Parteitag noch Parteiführung die Signale in eine eindeutige Richtung, sondern sie bewirken vor allem eine Reminiszenz an grüne Anfänge. Deutlich wurde allerdings, dass der kommende grüne Wahlkampf voraussichtlich kein koalitionsöffener sein wird, an dessen Ende auch eine schwarz-gelb-grüne Regierung stehen könnte. Vielmehr stellen sich die Grünen auf einen Richtungswahlkampf ein, der sich auch zum Lagerwahlkampf entwickeln kann.

Die Parteitage von SPD und Grünen stellen für die LINKE auch eine Herausforderung dar. Denn beide Parteien scheinen zu begreifen, dass sie wieder den Anschluss an konjunkturunabhängige Grundeinstellungen in der Bevölkerung finden müssen. Gleichheitsideale, Kritik unzureichender sozialer Gerechtigkeit, Zustimmung für sozialstaatliche Absicherung und staatliche Regeln für wirtschaftliches Handeln fanden immer eine überwältigende Zustimmung in der Bevölkerung. Der gegenwärtige Aufschwung, der weit davon entfernt ist, ein Aufschwung für alle zu sein, legt bloß, dass der Neoliberalismus zur Vertiefung der sozialen Spaltung beigetragen hat. Das Pendel der gesellschaftlichen Grundstimmung kommt aus der neoliberalen Ecke zurück. SPD und Grüne suchen Anschluss an diese gesellschaftliche Grundstimmung.

Die LINKE ist daran alles andere als unschuldig. Sie nötigt die SPD dazu, unsozialdemokratische Maßnahmen zu revidieren. Insofern ist und bleibt die LINKE treibender Teil einer gesellschaftlichen Bewegung, die auf weitere Revisionen der Agenda-Politik drängt. Ob damit weitere Gewinne noch bei den Wahlen 2009 möglich sein werden, darf zurecht bezweifelt werden. Das wirft die Frage auf, wie sich die LINKE zu ihrem ersten Erfolg – nämlich einer sich in Bewegung befindenden und um neue Glaubwürdigkeit ringenden SPD – verhalten soll. Weder ein Überbietungswettbewerb noch eine stärkere Fokussierung auf vermeintlich emanzipatorische Themen sind eine angemessene Antwort. Die LINKE hatte ihre entscheidenden Gewinne im Westen erzielt, weil Wähler bei ihr und nicht mehr bei der SPD unsozialdemokratische Anliegen aufgehoben sahen. Sehen sie diese Anliegen hier nicht mehr aufgehoben, gibt es für diese Wähler keinen ersichtlichen Grund, bei der LINKEN zu bleiben. Was tun? Entschieden linkssozialdemokratischen Kurs halten, könnte die Antwort plakativ lauten.

Eine Verlängerung des ALG I für Ältere oder eine Erhöhung des Hartz-IV-Regelsatzes sind noch keine linke Politik. Denn sie ändern nichts daran, dass die Mehrheit der Bevölkerung nichts oder verschwindend wenig vom wirtschaftlichen Aufschwung hatte. Und sie ändern nichts daran, dass sich enorme Mengen von Kapital auf den Finanzmärkten ansammeln, die offenbar keine rentablen und zugleich noch gesellschaftlichen Nutzen hervorbringenden Anlagemöglichkeiten finden. Sozialdemokratische linke Politik beginnt dort, wo ernsthaft nicht Kapital, sondern menschliche Arbeit in ihrer ganzen Vielfalt als Quelle des gesellschaftlichen Reichtums gesetzt und darum gerungen wird, sie wieder angemessen an den Produktivitätsgewinnen zu beteiligen bzw. durch sozialstaatlichen Schutz ihre Verhandlungsmacht zu stärken. Linke Politik beginnt dort, wo der Wirtschafts- und Finanzmacht ernsthaft Zügel angelegt werden, was auch bedeutet, Investitionen und Geldanlagen in eine Richtung zu lenken, die allgemeinen gesellschaftlichen Nutzen und Wohlstand mehrt. Parteinahme für die Benachteiligten und etwas mehr Umverteilung sind noch nicht links, aber ein gutes Motiv, um für gesellschaftliche, politische Mehrheiten für linke Projekte und Weichenstellungen einzutreten.

Wenn es über solche Projekte und Weichenstellungen zu einem Wettbewerb zwischen SPD und LINKER kommt, ist die LINKE einen Schritt weiter. Die Kritik am ehemaligen Regierungshandeln der SPD, an der Agenda nimmt in ihrer öffentlichen Bedeutung allmählich ab; die Kritik an dem, was SPD und Grüne im Sinne linker Weichenstellungen für die Zukunft nicht tun wollen, nimmt dafür zu. Die LINKE muss sich ihrer eigenen Konzepte vergewissern.

Wer profitiert vom Aufschwung, der kein Aufschwung für alle ist? Welche Mechanismen in der Verteilungspolitik und sozialen Mobilität verhindern die Wirksamkeit des alten sozialdemokratischen Grundsatzes, wonach Leistung sich auch für jede Arbeitnehmerin lohnt? Welche Weichen müssen hier vor allem für die ganz junge Generation neu gestellt werden? Welche Schranken müssen der Bereicherung gesetzt werden?

Sozial ist nicht alles, was Arbeit schafft, sondern nur, was »gute Arbeit« schafft. Nicht jede Arbeit ist besser als keine. Sich qualifizieren, sich anstrengen, etwas leisten – all das genügt nicht mehr für ein ausreichendes Einkommen und eine sichere Arbeit. Eine miese Arbeit, schlecht bezahlt, verbunden mit drei, vier Stunden Pendelzeit trägt wohl nichts mehr zur Identitätsbildung, zum Selbstbewusstsein, zu sozialer Stabilität bei, sondern führt zum sozialpsychologischen Verschleiß.

Die LINKE redet in bester sozialdemokratischer Tradition in einer der reichsten Industrienationen der Welt weniger über die Faulheit der Arbeitslosen und den notwendigen Druck auf sie als über die zu hohe Zahl mieser Jobs – Jobs, zu denen man nur Nein sagen kann. Die faktische Abschaffung jeder positiv bestimmten Zumutbarkeitsregel ist vermutlich die gravierendste Folge der Agenda-Politik für den Arbeitsmarkt. Sie trifft als Drohung alle Arbeitnehmer und als Realität alle Arbeitslosen, denen der Sozialstaat nicht mit Respekt vor dem arbeitslosen Bürger, sondern mit bürokratisch-organisiertem Misstrauen gegenüber potenziellen Betrügern begegnet. Die Agenda-Politik hat eine grundlegende zivilisatorische Errungenschaft der Arbeiterbewegung und ihrer Inkorporation in den Sozialstaat revidiert: Der politisch souveräne Bürger kann dies nicht mehr bleiben, wenn er auf Arbeitssuche ist.

Der Kampf gegen die bestehenden Zumutbarkeitsregeln bietet die Chance, den potenziellen Gegensatz einer »Politik für Arbeitnehmer« und einer »Politik für Arme« in einem politischen Projekt zu versöhnen, welches zugleich deutlich macht, was für die LINKE die Einheit von sozialen und politischen Rechten praktisch bedeutet: das Recht auf (soziale)

Existenzsicherung schließt immer das Recht des Bürgers ein, Nein zu sagen, ohne dabei Folgen befürchten zu müssen, die seine soziokulturelle Existenzgrundlage gefährden. Zusätzlich sollte von der LINKEN die Frage der Regelsatzerhöhung mit der gleichen Energie verfolgt werden wie die Verlängerung des ALG I, denn auch hier geht es um die Frage, ob diejenigen, die von der gesellschaftlichen Arbeit ausgeschlossen sind, auch etwas vom Aufschwung haben (dürfen).

Mit der Rente mit 67 sind weit darüber hinausgehende Fragen der Lebensarbeitszeit und der Sicherung gegen Altersarmut aufgerufen. Als dritter Aspekt ist für die LINKE im Verhältnis zur SPD die Finanzierungsfrage – gesetzlich oder privat, Umlageverfahren oder Kapitaldeckung – von entscheidender Bedeutung, geht es hierbei doch um Fragen der Verkoppelung von Alterssicherung und Produktivität und von Arbeitsmarkt und Pensionsfonds.

Klimawandel und Energiepolitik verbinden die friedenspolitische Frage mit gesellschaftspolitischen Fragen. Die LINKE hat auf ihrer energiepolitischen Konferenz vorgeschlagen, zur Erreichung der weltweiten Klimaziele den zulässigen CO₂-Ausstoß als Menge je Kopf der Weltbevölkerung zu berechnen. Diese Berechnungsgröße anerkennt die Gleichheit aller Menschen, spricht sich für globale Gerechtigkeit als gleiches Recht auf Entwicklung und Wohlstand und verleiht den Entwicklungsländern gegenüber den Industrieländern mehr Verhandlungsmacht. Sie könnten Emissionsrechte gegen technologische Infrastruktur für Entwicklung und Wohlstand tauschen. Von diesem Grundgedanken ausgehend wären neue institutionelle Regeln der globalen Kooperation zu entwickeln. Gleichzeitig führt diese Politik des »Teilen- lernens« die LINKE dazu, zwar auch Interessen der deutschen Volkswirtschaft an gesicherten Rohstoffimporten, insbesondere auch Energieträgern anzuerkennen, aber gezielt gegen die militärischen Optionen zur Sicherung dieser Interessen Politik zu machen, nämlich durch technologische Innovationen die Abhängigkeit von Energierohstoffimporten zu verringern und damit einer potentiellen Zustimmung in der Bevölkerung für militärische Optionen den Boden zu entziehen.

Eine Verschiebung der politischen Achse »nach links« kann von der LINKEN schließlich an der Frage des Öffentlichen – der öffentlichen Unternehmen, der Dienste der Daseinsvorsorge und der Grundversorgung in einem umfassenden Sinne – befördert werden. Privatisierung ist durchaus nicht mehr umstandslos chic und überwältigend mehrheitsfähig. Nicht nur bei der Bahn. Aber die Verhinderung der Privatisierung löst keines der Probleme, die die Bahn hat (oder ein anderes öffentliches Unternehmen). Mit dem strategischen Schwerpunkt »Öffentlich! Weil's wichtig für alle ist!« hat die LINKE für sich ein Thema gesetzt, welches über die Abwehr von Privatisierungen hinaus weist und die Fragen des effizienten, demokratisch legitimierten, am Bürger und Nutzer orientierten Gestaltungsanspruchs gegenüber diesen Unternehmen stellt, inklusive der rechtlichen Bedingungen, die dafür erfüllt sein müssen. Hier kann, ausgehend von einer verhinderten Privatisierung der Bahn, nicht nur die Frage der Grundversorgung in einer produktiven und reichen Gesellschaft gestellt, sondern auch in vielfachen Facetten die Frage nach dem Vorrang bzw. dem Reich der Politik, also der Demokratie, vor dem Markt bzw. im Verhältnis zum Markt gestellt werden.

Als Themen, die dabei bis 2009 eine Rolle spielen könnten, bieten sich der Energiesektor und der Gesundheitssektor an. Die öffentlichen Unternehmen als eine Frage der Demokratie, der demokratischen Gestaltung und Kontrolle anzugehen, schlägt darüber hinaus eine politisch-konzeptuelle Brücke zum demokratischen Sozialismus.

Das sind traditionelle sozialdemokratische, sozialstaatliche Anliegen, deren entschiedene Entfaltung durch die LINKE zugleich erkennbar über die Rolle einer »Ersatz-SPD« oder eines »schlechten Gewissens« hinausweisen, deren politisch entschiedene Vertretung der LINKEN einen eigenständigen Platz im Parteienwettbewerb sichert und die Fortsetzung der Strategie der Stimmenmaximierung bis 2009 ermöglicht, ohne in die politisch-konzeptuelle Aushöhlung zu führen.

URL: <http://www.neues-deutschland.de/artikel/120178.html>